

Stickelberger macht sich vor Ort ein Bild

Bürgerinitiative stellt das Naturparadies vor

Rottweil (pn). Applaus bekam der Minister von Mitgliedern der Bürgerinitiative gegen Großgefängnis in Rottweil (BI) und des Vereins zur Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft (NAKU) schon direkt im Bitzwäldle für seine Ankündigung, dass die neue Landesregierung zu den Versprechen aus dem Wahlkampf stehen werde. Vor dem Hintergrund dieser Zusagen wolle er sich nun vor Ort gemeinsam mit Mitarbeitern und Vertretern des Finanzministeriums ein Bild verschaffen. Auf Nachfrage präzisierte Stickelberger: Gesucht werde in der Region mit Blick auf die Grenzen der Landgerichtsbezirke: »Wir haben nicht das Geld, die Insassen ständig

durchs halbe Land zu fahren.«

Er bremste aber auch Erwartungen über diese Aussagen hinaus. »Entschieden wird heute nichts«, machte der Minister klar, dass die Standortfrage im Kabinett beantwortet werde und der Landtag ein Wort mitzureden habe. So ein 70-Millionen-Euro-Vorhaben sei nicht aus dem Ärmel zu schütteln – unabhängig vom Standort.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Hans-Martin Haller aus dem benachbarten Zollernalbkreis freute sich: »Erstmals gibt es also einen Suchlauf«, denn bislang sei ja nur auf Rottweiler Gemarkung Ausschau gehalten worden.

Neben Ortsvorsteher Eugen Mager und Ortschaftsräten

Mehrere Demonstrationen wie hier am 28. September 2010 haben die Gefängnisgegner aus Neukirch und Zepfenhan auf die Beine gestellt.

nahmen Mitglieder der BI und des NAKU um die Sprecher Ingeborg Gekle-Maier und Jochen Baumann den Minister im Bitzwäldle in Empfang. Wie Haller hatte sich auch Landrat Günther-Martin Pauli auf den Weg an die Kreisgrenze gemacht. Baumann erinnerte an den Tag der Arten-

vielfalt des Magazins Geo im Mai. Das Ergebnis habe ihn selbst überrascht: 550 Arten – 60 davon auf der roten Liste – seien dabei im Bitzwäldle gezählt worden. »Wir gehen davon aus, dass eine grün-rote Regierung dieses Naturparadies nicht zerstören« werde, meinte Baumann.

Gekle-Maier knüpfte für die BI an, kritisierte die »Überumpelungstaktik aus Rottweil« und bat Stickelberger, bei der weiteren Planung das Bürgerengagement zu berücksichtigen: »Wir werden die neue Landesregierung an der Umsetzung ihrer Versprechen messen.«

